

Landesumweltministerin Tanja Gönner (CDU) über das Konjunkturprogramm

„Wir wollen mehr Windkraft“

Baden-Württembergs Umweltministerin **Tanja Gönner** (CDU) will das Konjunkturprogramm dafür nutzen, den Umweltschutz in der Region voranzubringen. Mit unseren Redakteuren **Ralf Geisenhanslücke** und **Peter Weißenberg** hat die Ministerin über Atomausstieg, Flächenverbrauch und Abwrackprämie gesprochen.

SZ: Die Große Koalition hat beschlossen, die Abwrackprämie zu verlängern. Uralte Dreckschleudern kommen nun von der Straße – aber in der Zulassungsstatistik sind plötzlich asiatische Hersteller weit vorne, die häufig Kleinwagen mit veralteter Umwelttechnik anbieten. Ist das nicht ökologischer Unsinn?

Gönner: Nicht ganz. Denn es ist ja erst mal gut, wenn Altautos, die zum Teil noch nicht einmal einen Katalysator oder Rußpartikelfilter haben, verschrottet werden.

SZ: Ein sehr bescheidener Anspruch; wozu haben wir denn hohe Umweltstandards wie Euro 5?

Gönner: Euro 5 wird erst im September Pflicht. Doch auch ich würde mir wünschen, dass die Abwrackprämie nun noch mal nachgebessert wird, damit verstärkt Altautos durch Neufahrzeuge auf dem höchsten Umweltstandard ersetzt werden. Dafür wird ja auch noch in diesem Jahr die Kfz-Steuer nach Schadstoffausstoß umgestellt. Sie müssen aber auch sehen, dass etwa die schwäbische Zuliefererindustrie sehr stark davon profitiert, dass die Abwrackprämie so gut wirkt. In den von ihnen genannten Autos aus Japan oder Korea findet sich ja schließlich auch Hochtechnologie made in Baden-Württemberg. Der steigende Absatz nutzt also auch unserer Industrie. Zudem wird auch noch darüber diskutiert, ob die Abwrackprämie nicht gestaffelt wird.

SZ-Interview



Die Abwrackprämie sollte noch verlängert werden, findet Landesumweltministerin **Tanja Gönner**. Foto: Laura Loewel

SZ: Ist dieses Programm dann nicht ein zu wenig durchdachter Schnellschuss?

Gönner: In dieser Situation muss es eben auch schnell gehen – und Gott sei Dank hat die Große Koalition ja auch die Durchsetzungskraft dazu. Der Druck auf die Politik ist enorm. Und der Erfolg der Abwrackprämie beruht ja auch gerade darauf, dass sie so eine einfache Regelung ist, die der Bürger sofort nutzen kann.

SZ: Weniger übersichtlich ist ja die Lage in der Frage des Ausstiegs aus der Atomindustrie...

Gönner: Na, das liegt aber nun nicht an der CDU. Wir sind da über unseren Schatten gesprungen – und wollen zwar eine Laufzeitverlängerung der Kraftwerke, um die Brücke zu verlängern, nach der die erneuerbaren diese Versorgungslücke schließen können. Wir sind dabei flexibler als Grüne und die SPD, die einfach nur blockieren.

SZ: Wobei denn?

Gönner: Wir haben zehn Jahre verloren, weil nicht wirklich ernsthaft die Erkundung der Endlagerstätte Gorleben vorangetrieben wird. Da hat man den Eindruck: Es soll gar keine Lösung geben, weil dann manchen die politischen Mobilisierungsargumente ausgehen. Wir brauchen aber in den nächsten fünf Jahren eine definitive Entscheidung für ein solches Lager, um Sicherheit in Deutschland zu haben. Ganz gleich, welcher Partei man anhängt. Da erwarte ich mehr Konstruktivität.

SZ: Bei Windkraft werfen Kritiker Ihrer Partei vor, selbst zu blockieren. Da passiert wenig im Lande.

Gönner: Auch das stimmt nicht. Wir haben an schätzungsweise 50 bis 70 Prozent der Orte, wo neue Windparks geplant sind, Petitionsverfahren dagegen. Die Menschen lieben einfach ihre Landschaft – gerade die ober-schwäbische Kulturlandschaft. Und da kann ich diese Einwände oft verstehen. Entlang von Autobahnen wie der A8 sieht das zuweilen anders aus. Wir müssen solche Eingriffe in die Landschaft einfach mit Fingerspitzengefühl anfassen. Aber wir wollen mehr Windkraft.

SZ: Wie viel denn?

Gönner: Bis zum Jahr 2020 soll sich die Zahl vervierfachen. Aber machen wir uns nichts vor: Selbst dann würden diese Anlagen nur etwa 1,5 Prozent zum Energiemix beitragen. Darum brauchen wir ja die Atomkraft-Brücke.

SZ: Sie haben selbst gerade die Kulturlandschaft angesprochen. Wie viel Flächenverbrauch durch Gewerbenutzung will sich eine Umweltministerin da noch erlauben –

gerade auch, wenn wir die Wirtschaft zugleich aus dem konjunkturellen Tal bringen wollen?

Gönner: Dieses Spannungsfeld müssen wir klug auflösen. Übrigens ist ja der Tourismus ebenfalls ein Teil der Wirtschaft – auch darum können wir nicht überall neue Industrieflächen hinstellen. Die Regierung will deshalb zusammen mit den Kommunen dafür sorgen, dass der Flächenverbrauch langfristig entlang der demografischen Entwicklung netto auf Null gestellt wird.

SZ: Ein frommer Wunsch.

Nein. Das können wir schaffen, wenn wir Industrieflächen, die verlassen werden, auch wieder umwidmen, Natur-Ausgleichsflächen schaffen – und auch mal auf eine Gewerbefläche verzichten, wenn mehrere Bürgermeister dafür ein gemeinsames Gebiet verschiedener Kommunen einrichten. Wir brauchen eben neues Denken für mehr Umweltschutz.

SZ: Welche umweltpolitischen Ziele verfolgen Sie in einem vom Wahlkampf geprägten Jahr 2009?

Gönner: Ich möchte das Klimakonzept für Baden-Württemberg noch fortschreiben und mich verstärkt der Frage annehmen, dass wir den Abfall auch als Ressource sehen. Abfall ist ein Rohstoff.

i **Tanja Gönner** wurde am 23. Juli 1969 in Sigmaringen geboren. Sie absolvierte ein Jurastudium an der Universität Tübingen. Seit Mai 2005 ist sie Umweltministerin des Landes Baden-Württemberg. Ein Video von dem Redaktionsgespräch mit Tanja Gönner sehen Sie unter www.szon.de/goenner